



## Antrag

der Abgeordneten **Thomas Huber, Dr. Ute Eiling-Hütig, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Ilse Aigner, Barbara Becker, Gudrun Brendel-Fischer, Matthias Enghuber, Petra Guttenberger, Petra Högl, Andreas Jäckel, Jochen Kohler, Dr. Petra Loibl, Dr. Beate Merk, Barbara Regitz, Andreas Schalk, Angelika Schorer, Kerstin Schreyer, Sylvia Stierstorfer, Carolina Trautner (CSU),**

**Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

### **Stärkerer Schutz von Prostituierten I – Ausbau der Präventions- und Beratungsangebote**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich unter Berücksichtigung nachfolgender Aspekte und im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel weiter für einen verbesserten Schutz von Prostituierten einzusetzen. Zentrales Ziel muss zunächst sein, durch einen Ausbau von Präventionsmaßnahmen den Einstieg in die Prostitution zu verhindern. Insbesondere müssen Frauen und Mädchen vor Menschenhandel und sexueller Ausbeutung geschützt werden. Darunter fällt beispielsweise die Loverboy-Methode, bei der junge Frauen in die Prostitution gezwungen werden.

Durch ein bedarfsgerechtes Präventionsangebot in der Schule, aber auch im Rahmen der örtlichen Jugendarbeit sollen Kinder und Jugendliche, Eltern sowie Multiplikatoren über Anbahnungsmethoden von Zuhältern noch stärker als bisher informiert und sensibilisiert werden. Darüber hinaus bedarf es auch der Aufklärung der Bevölkerung über die Lebensrealität vieler Prostituierte. Auch die hohen Risiken für die in der Prostitution tätigen Frauen und Männer und insbesondere auch die physischen und psychischen Auswirkungen müssen offener als bisher thematisiert werden.

Des Weiteren ist eine Ausweitung der Beratungsangebote für alle Prostituierte, insbesondere zum Ausstieg aus der Prostitution sowie der damit verbundenen beruflichen Neuorientierung zwingend erforderlich. Da viele Prostituierte ausländischer Herkunft sind und häufig nur schlecht deutsch sprechen können, muss die Beratung auch in der jeweiligen Muttersprache möglich sein.

### **Begründung:**

Viele Zuhälter nutzen die Unwissenheit junger Frauen aus, um diese in die Prostitution zu zwingen. Die Loverboy-Methode oder auch die Kontaktaufnahme von Zuhältern über das Internet, insbesondere Social Media, sind mittlerweile weit verbreitet. Bei der Loverboy-Methode werden junge Frauen in die Prostitution gezwungen, jedoch unter dem Deckmantel einer ggf. fingierten Beziehung zu einem Mann, der mit psychischem

Druck, mit Lügen, Erpressung oder auch Gewalt die Naivität und Verwundbarkeit der Mädchen ausnutzt.

Um Kinder und Jugendliche hier bestmöglich zu schützen, ist eine frühzeitige Aufklärung in der Schule erforderlich. Aber auch die örtliche Jugendarbeit bietet Möglichkeiten, für dieses Thema zu sensibilisieren und aktive Präventions- und Sensibilisierungsarbeit zu leisten. Hier müssen die vorhandenen Strukturen der Jugendarbeit noch stärker als bisher genutzt werden.

Aber auch in der allgemeinen Bevölkerung gibt es noch immer ein großes Informationsdefizit. In vielen Medien wird häufig nur ein Teilbereich der Prostitution mit selbstständigen, selbstbewussten Frauen gezeigt (insbesondere die sog. Edelprostitution). In der Realität umfasst dies jedoch nur einen geringen Anteil an Prostituierten. Der überwiegende Anteil der Frauen und Männer in der Prostitution leben in prekären Lebensverhältnissen und leiden unter massiven physischen und psychischen Auswirkungen. Aus diesem Grund muss eine umfassende Aufklärung der Bevölkerung stattfinden und auch potenziellen Freiern somit aufgezeigt werden, welche Folgen ihr Tun haben kann.

Gleichzeitig müssen die rechtlichen Rahmenbedingungen so gesetzt werden, dass Prostituierten ein bestmöglicher Schutz geboten wird und Ausstiegsberatung flächendeckend zur Verfügung steht. Derzeit wird in Bayern ausschließlich die Fachberatungsstelle des Vereins Cassandra e. V. Nürnberg gefördert, die schwerpunktmäßig die Metropolregion Nürnberg, Fürth und Erlangen abdeckt. Im südbayerischen Raum gibt es derzeit keine einzige überregionale Fachberatungsstelle. Aus diesem Grund ist dringend eine Verstärkung sowie ein flächendeckender Ausbau der Beratungsangebote, insbesondere zur Ausstiegsberatung erforderlich.